

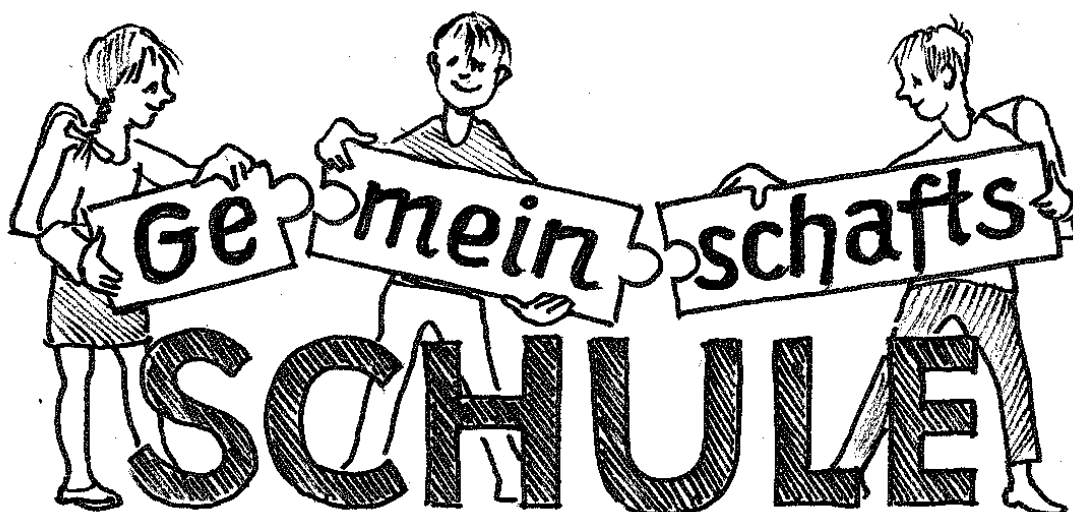
Blätter der Freien Grünen Liste Konstanz

Die Gemeinschaftsschule – grün-rote Bildungspolitik in der Praxis

Stille und Konzentration herrscht in den Schulräumen. Die Lernenden arbeiten konzentriert und leise, holen sich selbständig Material aus den Schränken und räumen es wieder weg, wenn sie damit fertig sind. Wer sich besprechen muss, geht in den Nachbarraum, um die anderen im Lerngruppenraum nicht zu stören. Die Lernbegleiter beraten flüsternd, weisen auf Lernangebote hin, geben Tipps, bleiben aber weitgehend im Hintergrund.

Wer hier Gymnasiast, Realschüler, Hauptschüler oder Behinderter ist, ist weder sichtbar noch spielt es eine Rolle: jede und jeder lernt hier so gut, wie er/sie kann – und entscheidet bei jedem Fach aufs Neue, welchen Herausforderungen er/sie sich stellen will.

Bildungspolitische Utopie? – Nein, Schulalltag in der neuen Gemeinschaftsschule Gebhardschule in Konstanz.



In kaum einem anderen europäischen Land ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg bzw. -misserfolg so stark ausgeprägt wie in Deutschland. Das zu ändern, ist eine der großen Visionen der grün-roten Bildungspolitik, die unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg mit der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Angriff genommen wurde. In dieser neuen Schulart werden Kinder aller Bildungsgrade gemeinsam, aber differenziert, unterrichtet.

Gemeinschaftsschule heißt aber nicht nur, dass die von Bildungsforschern aller politischen Lager kritisierte frühzeitige Selektion wegfällt, sondern auch, dass durch die Arbeit nach sogenannten Kompetenzrastern statt starren Lehrplänen, jedes Kind in jedem Fach nach seinem Tempo und auf seinem Niveau lernt.

Schwächen in einzelnen Fächern verhindern also nicht den gesamten Bildungserfolg, sondern bewirken nur, dass das Kind in diesem Fach entsprechend seinen Fähigkeiten stärker gefördert wird, während es in anderen Fächern auf dem Niveau, das ihm entspricht, arbeitet. Das Kind selbst, unterstützt von seinem persönlichen Lerncoach, entscheidet, was es sich zutraut, wo es für sich Nachholbedarf sieht, und wie es sich seine Arbeit einteilt. Prüfungen werden dann abgelegt, wenn das Kind sich dazu bereit fühlt, und auf dem Niveau, das es sich zutraut.

Es geht also nicht um einen Aufguss des Gesamtschulkonzeptes der 70er-Jahre, sondern um eine neue Sicht auf Lernen, auf Leistung und auf Selbstverantwortung der Lernenden.

Auch die Rolle der Lehrkräfte, die sich entsprechend ‚Lernbegleiter‘ nennen, ändert sich damit grundlegend. Ihre Aufgabe ist es, die Lernenden bei der Festlegung ihres individuellen Lernweges zu beraten und zu unterstützen, eine Lernumgebung zu schaffen, die angstfreies und lustvolles Lernen zulässt, und den Lernenden jeweils zu ihren individuellen Fragestellungen das passende ‚Bildungsfutter‘ aufzubereiten, damit diese sich selbst die Antworten erarbeiten können.

42 Schulen in ganz Baden-Württemberg erhielten in der ersten Runde die Genehmigung, als Gemeinschaftsschulen in das neue Schuljahr zu starten – eine davon ist die Gebhard-Schule in Konstanz. Schon seit vielen Jahren hat man dort Erfahrungen im der Inklusion behinderter Kinder und der Arbeit mit Kompetenzrastern gesammelt. Die Entwicklung zur Gemeinschaftsschule ist der nächste logische Schritt auf dem Weg zum individuellen Lernraum.

Erfreulich ist, dass das Konzept der Gemeinschaftsschule nicht nur bei Bildungsforschern auf positive Resonanz stößt, sondern auch bei den Eltern:

Statt, wie erwartet, mit drei Eingangsklassen startet die neue Schule mit vier Eingangsklassen. 89 Schülerinnen und Schüler lernen also seither in provisorii-

schen Schulräumen im Telekom-Gebäude, und mit ihnen ein Team von ca. zehn Lehrkräften aller Schularten.

Trotz gewisser Startschwierigkeiten (die Möblierung und Tafeln für die neuen Räume wurde vom Hersteller nicht termingerecht geliefert, so dass kurz vor Schulstart provisorische Möbel aus den Restbeständen der benachbarten Schulen beschafft werden mussten) hat sich der Schulalltag mittlerweile recht gut eingespielt, Lernende wie Lernbegleiter haben sich aneinander und an die neue Schule gewöhnt und üben das selbständige Lernen jeden Tag aufs Neue. Erste Erfolge – ein als sehr schwach geltender Schüler, der auf einmal im Mathematikunterricht großes Talent und Potential entwickelt, eine fremdsprachige Schülerin, die zwar in Deutsch große Probleme hat, aber in allen anderen Fächern glänzt – bestätigen den pädagogischen Ansatz. Es bleibt viel zu tun, doch der gelungene Start ermutigt alle Beteiligten, die vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen freudig und lustvoll in Angriff zu nehmen.

Charlotte Dreßen, Stadträtin der FGL, ist Gymnasiallehrerin und unterrichtet an der neuen Gemeinschaftsschule Gebhardschule.

Der Wind dreht sich

Alexander Fecker, CDU-Stadtrat und Vertreter in der Versammlung des Regionalverbandes, preschte vor. Er möchte mehr Aktivitäten für die Förderung der Windenergie an Hochrhein und Bodensee sehen.

Hier erzeugter Strom durch Wind vermeidet neue Fernleitungen und winderzeugte Energie ist neben Wasserkraft am saubersten, und sie benötigt am wenigsten Fläche. Aber Windkraft hat es bisher im Südwesten sehr schwer gehabt, ja war bis zur Katastrophe von Fukushima in einer hoffnungslosen Position. Ministerpräsident Teufel warnte vehement vor einer

„Verspargelung“ der Landschaft, Windräder wurden vor allem als Schreddermaschinen von Vögeln und Fledermäusen dargestellt. Verbandsvorsitzender Wütz fand den Schutz der Touristengebiete wichtiger. Selbst Wirtschaftsminister Pfisters (FDP) Vorstoß, bis 2020 wenigstens 2% des Stromes durch Windenergie erzeugen zu lassen, fand bei Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg keine Gnade. Nicht zuletzt ist wohl die Verquickung der Wirt-



schaft und der kommunalen Verbände mit der Atomlobby Grund für diese Haltung, sodass noch 2011 erst 0,8% der Stromproduktion im Ländle durch Windenergie erzeugt wurde.

Die Entwicklungspläne des Regionalverbandes legten bisher vor allem Wert darauf, sogenannte Ausschlussgebiete festzulegen. Von 35 untersuchten Gebieten an Hochrhein und Bodensee wurden nur 7 als geeignet angesehen.

Seit Frau Merkels Energiewende und seit Grün-Rot in Stuttgart regieren, wird an der Änderung der Regionalpläne in Richtung mehr Windfreundlichkeit gearbeitet. Die CDU hat ihren Widerstand aufgegeben, ja Fraktionschef Hauk zieht die Regierung sogar der mangelnden Aktivität. MdB Jung holte sich zum CDU-Bezirksparteitag im Frühjahr den Vorsitzenden der Ethik-Kommission Klaus Töpfer als Redner, um die Delegierten auf die Energiewende einzustimmen. Bis 2020 sollen 35% des Stromes aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.



Auch im Landkreis Konstanz können aus bisher zwei anvisierten Standorten für Windräder mehr werden. Bene Müller von Solarkomplex hat schon 30 mögliche Plätze ausgemacht. In Frage kommen Standorte mit mehr als 5,25m/sec. Windgeschwindigkeit bei einer Nabenhöhe von 100 m, z.B. Schiener Berg, Bodanrück, Stettener Höhe. Bei der Auswahl muss umsichtig vorgegangen werden: Naturschutzgebiete, Vogelschutz und FFH-Gebiete sollen möglichst nicht tangiert sein, Zufahrtswege, Trassenführung und ähnliches müssen beurteilt und viele Faktoren gegeneinander abgewogen werden. Widerstände sind zu erwarten, wie z.B. durch die Klinik Schmieder in Gailingen, sicher berechtigt.

MdL Sigi Lehmann hat aber recht, wenn er sagt, dass man sich daran gewöhnen muss, „dass erneuerbare Energien sichtbar sind“.

Wir wünschen Herrn Alexander Fecker bei seinen Bemühungen viel Erfolg.

Manfred Heier

Ist die Energiewende noch zu retten?

Das klingt nicht sehr optimistisch. Und so war auch der Tenor der Diskussionsveranstaltung, die der Kreisvorstand der Grünen am 19.09. im Astoriasaal der VHS anberaumt hatte. Unter der Moderation von Chris Kühn, dem Grünen Landesvorsitzenden, debattierten die Umweltpolitische Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, MdB, und Bene Müller von Solarkomplex über Stand und Chancen der Energiewende.

Sylvia legte dar, dass der unter dem Eindruck von Fukushima beschlossene Wechsel in der Energiepolitik keine Herzenssache der Regierung Merkel ist. Abgesehen davon, dass Großunternehmen und Starkverbraucher von EEG-Umlage befreit sind, wird ständig über die Strompreiserhöhung durch das Erneuerbare-Energie-Gesetz gesprochen, gegen Windräder und Fotovoltaik polemisiert. Der Druck der Energiekonzerne auf die Regierung ist offenbar groß, dass die alten Strukturen erhalten bleiben. Diese benötigen ein umfangreiches, zusätzliches Fernleitungsnetz, da harzt es, ein Bundesnetzplan fehlt. Beim derzeitigen Tempo werden die angestrebten Termine zum Atomausstieg verfehlt.

Bene Müller sieht die Probleme nüchtern. Die Bürger sind mit ökologischen Argumenten und Apellen schwer zu überzeugen. Dagegen hat das EEG finanzielle Anreize erbracht, Bürgerprojekte gefördert und ökonomisch überzeugt. So spart z.B. das energieautarke Dorf Mauenheim jährlich 300.000 €, weil es kein Heizöl mehr einkaufen muss. Die Berliner Regierung fördert die Anlage von off-shore Windparks mit 19 Cent/KwSt – sehr viel im Vergleich zu on-shore Anlagen (mit 9 Cent). Sie sind nur von den Energiekonzernen zu steuern, setzen auch ein Fernleitungsnetz voraus und unterstützen die alten Monopolstrukturen.

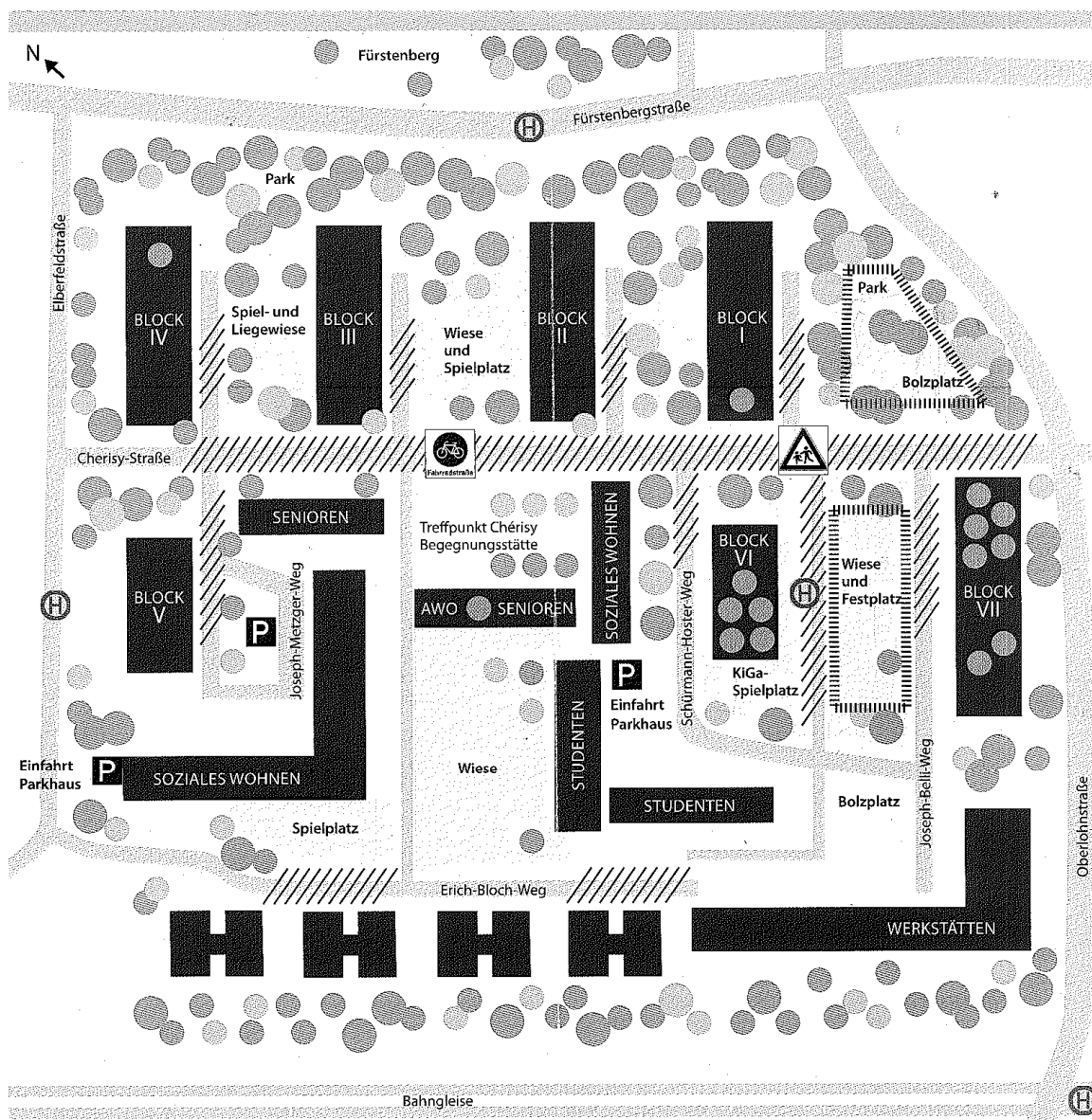
Wichtiger für die Energiewende sind die 700 Stadtwerke, die mit Eigen- und dezentraler Energieerzeugung die 4 Großkonzerne zum Umdenken bewegen können. In den Rathäusern aber ist wie bei den Bürgern das Denken noch sehr träge.

Manfred Heier

Chérisy-Verdichtung

Betrachtet man den Lageplan des Chérisyareals, hat man den Eindruck, dass nach Ergänzung der alten Kasernenbauten durch den Wohnungsbau der 90er Jahre die Struktur stimmt. Das trifft sowohl für die Mischung der sozialen Zusammensetzung der Bewohner als auch für die „Körnung“ zu – wie Städtebauer zu sagen belieben – also die Maßstäblichkeit und Ausgewogenheit zwischen Bebauung und Freiraum.

Andererseits sind in Konstanz bekanntermaßen bebaubare Flächen und preiswerter Wohnraum knapp. Deshalb sollen die im Chérisygebiet verbliebenen Freiflächen mit immerhin 230-240 Wohnplätzen für Studierende bebaut werden. So sieht es der vom Gemeinderat verabschiedete Bebauungsplan vor. Ver-



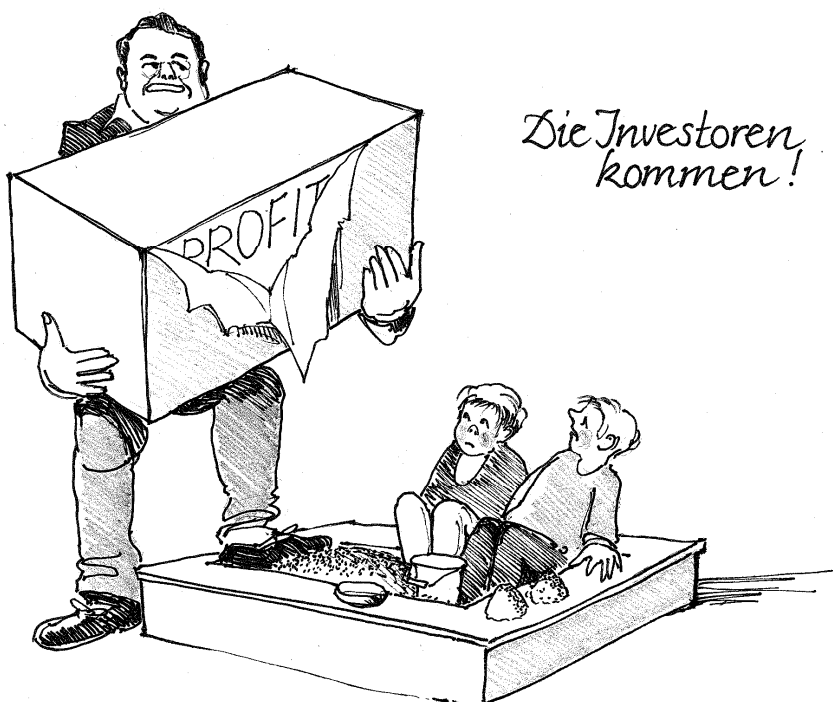
ständig, dass die derzeit hier ca. 1.200 Wohnenden ihr Gebiet schon voll genug finden und vom künftigen Zuzug nicht begeistert sind.

In der Tat ist das Chérysyareal ein typisches Beispiel in der Auseinandersetzung dafür, wie viel Verdichtung ein solches Gebiet verträgt. Meines Erachtens wird hier mit zwei massiven Zusatzbauten die Grenze der Verdichtung überschritten. Auch hier wird ein gut durchgrünter Bereich kahler werden. Verkehr und Parken werden zum Problem. Die Aussicht auf autoloses Wohnen ist gescheitert, obwohl die vorhandenen Tiefgaragen offenbar aus Kostengründen nicht voll besetzt werden. Die Anwohner befürchten, dass in absehbarer Zeit die Studentenbuden in Eigentumswohnungen verwandelt werden könnten. Ein Antrag der FGL, eine Bindung der Wohnungen als studentische Quartiere auf 30 Jahre festzulegen, konnte im Gemeinderat nicht durchgesetzt werden.

Da die öffentliche Hand nicht genügend Mittel hat, um studentisches Wohnen zu finanzieren, schaut man sich nach Investoren um. Diese wollen ihr Geld so anlegen, dass möglichst bald die Investition Gewinn erbringt – das altbekannte Spiel. Im Bebauungsplan sind alle notwendigen Daten (Bruttogrundfläche, Bruttogeschossfläche, Geschosshöhe, Dachform, Baugrenzen usw.) festgelegt. Also kann der Investor loslegen.

Deshalb muss man es schon als Erfolg ansehen, dass das Baudezernat die Bauwilligen dazu bewegen konnte, einen Architektenwettbewerb auf deren Kosten durchführen zu lassen. In einem Fall – auf der Fläche zwischen Kindergarten und Kulturladen/Zebra - will nun der Investor nicht den von der Jury empfohlenen 1. Preis, sondern den 3. bauen lassen, weil er sich davon mehr Gewinn verspricht. Gegenüber der Wettbewerbsarbeit soll im Baugesuch auf das halbe Gebäude noch ein sechstes Geschoss aufgesetzt werden. Es ist zu befürchten, dass auch das der Technische und Umweltausschuss schluckt.

Manfred Heier



Das Fahrrad hat es schwer in Konstanz

Das Fahrrad hat es schwer in Konstanz. Was in anderen Städten längst Usus ist, da kommt man in Konstanz immer noch nicht so richtig in die Gänge. Da muss man schon jahrelang in den Ausschüssen und im Gemeinderat für eine bessere Infrastruktur für das Fahrrad kämpfen, damit es einigermaßen Aussicht auf Erfolg hat. Und manche Initiativen werden eben auch immer noch nach jahrelangen Kämpfen abgeschmettert. Zum Beispiel die Mitgliedschaft in Verband fahrradfreundlicher Kommunen. Da wurde mal wieder rumgemäkelt und rumgemäkelt an der Vorlage, und dann kam es wie es kommen musste.

Die Mitgliedschaft wurde im Gemeinderat abgelehnt. Das Credo der Gegner war: wir wollen lieber in konkrete Maßnahmen investieren als in Mitgliedschaften, bei denen ja noch keine einzige Maßnahme realisiert ist. Wenn sie denn nur immer so ausgabewillig wären, wenn es dann um konkrete Ausgaben für den Fahrradverkehr geht. Bei der kleinsten Ausgabe für den Fahrradverkehr wird dann im TUA nämlich jedes Mal wieder sehr genau nachgefragt, wofür diese denn nun sei und ob sie wirklich nötig sei, und im Zweifelsfall wird da auch öfter nicht zugestimmt. Von wegen konkrete Maßnahme.

Leider ist so nun auch eine Fahrradzahlstele, wie sie z.B. in Freiburg steht, nicht möglich. Sie wird nämlich vom baden-württembergischen Verkehrsministerium für fahrradfreundliche Kommunen (!) vergeben. Klar, sie hätte etwas gekostet (20000 für die Messschleifen und 6000 Euro Folgekosten im Jahr). Aber zu visualisieren, wie viele Fahrradfahrer täglich in Konstanz unterwegs sind und wie viel CO2 diese einsparen, hätte ich doch für gut gehalten. Denn Konstanz will den Modal Split (die Verteilung des Verkehrs unter den verschiedenen Fortbewegungsarten) ja zugunsten des Fahrradverkehrs verändern, sprich der Anteil der Fahrradfahrer am Gesamtverkehr soll deutlich erhöht werden. Da ist es doch wichtig zu zeigen, wie viel CO2 durch den Radverkehr eingespart wird. Aber wie bei vielem muss man halt auch hier öfter ganz dicke Bretter bohren, und das gerüttelt Maß an Geduld darf auch nicht fehlen!



fahrradfreundliche Stadt?

Anne Mühlhäußer

Freizügigkeit – Grundgesetz § 11 (1949) **Jeder darf dort wohnen, wo er möchte.**

Dieses Gesetz ist in seiner Aussage einfach nicht stimmig. Für mich fehlt der Zusatz „ jeder, der es sich leisten kann“. Ergo: „Jeder, der es sich leisten kann, kann in Konstanz wohnen.“ Das darf so nicht stehen bleiben, damit ist der Grundsatz - Freiheit in der Wohnungswahl - bereits ausgehebelt. Die Wohnwirtschaft kann nicht dem freien Markt überlassen werden.

Betrachten wir die steigenden Einwohnerzahlen und die damit einhergehende Wohnbauentwicklung der letzten Jahre, so muss den bedenkenlosen Vertretern der Wachstumsideologie und der freien Marktwirtschaft das Herz im Leibe lachen. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit kann einem dabei nur angst und bange werden. Dringlichste Aufgabe ist doch, für untere Einkommensschichten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die für Bauvorhaben zur Verfügung stehenden Flächen sind durch die geografische Situation so begrenzt, dass die Frage nicht lauten kann, was kann ich alles noch durch Verdichten vernichten, sondern wie gehen wir mit den vorhandenen Ressourcen sensibel und gerecht um. Hier muss die Stadt ihren Beitrag zur Korrektur unseres immer mehr aus den Fugen geratenen sozialen Gleichgewichts leisten.

Ich bin ganz sicher, es lohnt sich, Konstanz möglichst als das zu erhalten, was es heute so begehrenswert macht. Wir können es uns leisten. Die wunderschöne Gegend, das ausgeglichene Klima sind Geschenke, die wir gratis vor der Tür haben. Sorgen wir nur noch für den Erhalt der Lebendigkeit durch den Erhalt einer gesunden Bevölkerungs- Mischung, der Wohnqualität für Familien, der Schaffung von nötigen Infrastrukturen (Krippen und Kindergartenplätze), der Aufenthaltsqualität in den Wohnquartieren!

Irgendwann, in nicht allzu langer Zeit, wird sich laut demographischer Studien, diese momentane, angespannte Situation entschärfen. Wollen wir dann dastehen mit irreparablen Bausünden, die aus überstürzten Entscheidungen heraus begangen wurden? Warum werden die „Erhalter“ und „Zögerer“ so oft als die ewig Gestrigen eingestuft? Ich glaube, in einer guten Mischung von Entscheidungsträgern haben auch diese Denker ihren wichtigen Platz.

Karin Göttlich

„Ungestaltung“ des Konzilvorplatzes

Obwohl bis heute in Sachen Glasscherben, Lärm, Vermüllung etc. immer noch keine annähernd zufriedenstellende Lösung für die Treffpunkte Herosé-Park, Seestraße, Schänzle gefunden wurde, denken wir schon an die Schaffung eines neuen Platzes. Wo heute muntere Springbrunnen zwischen Blumenbeeten sprudeln, Bänke zum Blick auf den See einladen, genau diese kleine Oase, der Rahmen **der Postkartenansicht** für' s Konzil, soll eingeebnet werden. Diesen, für viel Geld, neu geschaffene Ort für Meetings in 1.A Lage, sehe ich als weitere Problemzone, denn wer sich auf den angebotenen Sitzgelegenheiten dann tatsächlich trifft, kann nicht geregelt werden, das lehrt die Erfahrung. Zu den Konzilfeierlichkeiten eine Außenlokation anzubieten, ist sicher ein schöner Gedanke, aber muss deswegen die Postkartenansicht Hafen/Konzil zerstört werden. Wozu haben wir einen Stadtgarten, der alles bietet, was zu solch einem Platz gehört. Unsere stark vernachlässigte Konzertmuschel würde sich sicher über mehr Inanspruchnahme freuen, Strom, Wasser, Bühne, freier Platz für Publikum, teilweise sogar beschirmt, alles vorhanden. Was sicher alle Konzert- und Veranstaltungsbesucher begrüßen würden, wäre vielleicht der Austausch vom jetzigen Kiesbelag durch eine ordentliche Pflasterung, die dem Platz dann sogar einen eigenen Charakter geben könnte. Mit kleinen Investitionen könnte dieser Ort, und damit auch unser etwas vernachlässigter Stadtgarten in seiner Gesamtheit, schnell und auch nachhaltig aufgewertet werden.



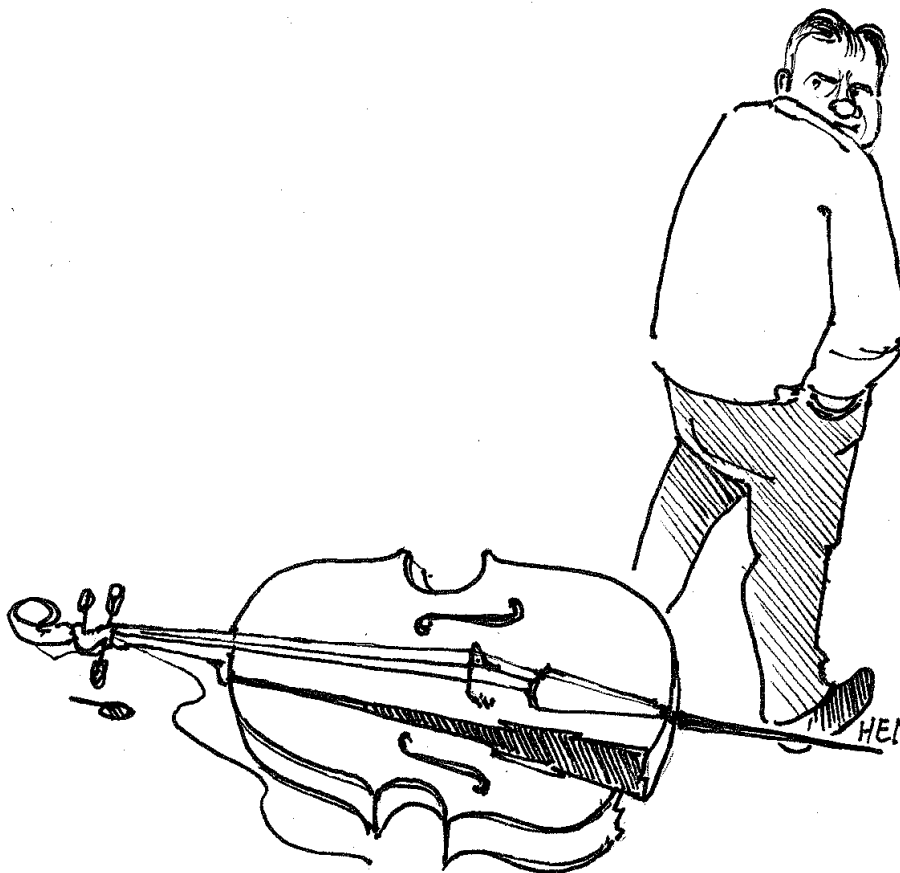
*„Was machen Sie denn da mit die Blümle?“
„Einen Eventplatz! Noch nichts von den Konzilfeiern gehört?“*

Ich hoffe sehr, dass das Vorhaben „Umgestaltung des Konzilvorplatzes“ keinen Platz im Haushalt finden wird. Die Durchführung entbehrt jeglicher Dringlichkeit und ich kann auch nicht glauben, dass viele Konstanzer Bürger – direkt dazu befragt - dieser Ausgabe zustimmen würden.

Dem informierten Bürger ist doch klar, dass derzeit jeder verfügbare Euro in die Errichtung von Kindertagesstätten und deren Personal gesteckt werden muss. Hier besteht schließlich ein gesetzlicher Rechtsanspruch, den es zu erfüllen gilt. Wird dieser Anspruch nicht befriedigt, wird es richtig teuer. Die Erfüllung der dann auferlegten Schadensersatzansprüche wäre wirklich rausgeworfenes Geld.

Sollten die geforderten Leistungen erbracht sein, und sollte (kaum zu glauben) dann trotzdem noch Geld übrig sein, stehen gewiss dringlichere und sinnvollere Vorhaben als die Umgestaltung des Konzil-Vorplatzes an. Bessere Ideen gibt's zuhauf.

Karin Göttlich



Abschied mit Verlusten

Peter Müller-Neff, Herrmann-Hesse-Weg 8, 78464 Konstanz

Herrn

Oberbürgermeister Ulrich Burchardt

Kanzleistr. 15

78462 Konstanz

Peter Müller-Neff
Stadtrat

Büro:
Tel. 0753/ 900790
Fax 07531/900794
mail: gruene-liste@
stadt.konstanz.de
www.fgl-konstanz.de

**Informationen über die Auswirkungen des Fluglärmstaatsvertrages mit
der Schweiz auf die Stadt Konstanz bzw. auf den Landkreis Konstanz**

24.09.2012

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Burchardt,

im Namen der FGL-Fraktion möchte ich Sie bitten, den Gemeinderat zu informieren, welche Auswirkungen der Fluglärmstaatsvertrag zwischen Deutschland und der Schweiz auf die Stadt Konstanz/Landkreis Konstanz hat.

Wir befürchten, dass wir in Zukunft wesentlich mehr Lärmbelastigungen durch die Flugschneisen der An- und Abflüge von und nach Zürich über unserem Stadtgebiet/Landkreis haben werden. Flughöhe, Flugfrequenz, Flugrouten und Flugzeiten spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Als Ergebnis der Information in einer der nächsten Sitzungen – zu der Herr Landrat Hämmerle als Vertreter der Region bei den Verhandlungen eingeladen werden könnte – wäre eine Stellungnahme der Stadt/Gemeinderat sicherlich sinnvoll.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Müller-Neff,
Stadtrat

Dr. Christiane Kreitmeier,
Fraktionssprecherin

Büro :
Untere Laube 24
78462 Konstanz

Bürozeiten:
Mo. ab 17:00 Uhr
(auch öffentliche Fraktionssitzung)
Di. u. Do. 9 – 11 Uhr

Bankverbindung :
Konto 75598
BLZ 69050001
Sparkasse Bodensee

**Resolution
der Oberbürgermeister und Bürgermeister
der Städte und Gemeinden im Landkreis Konstanz**

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister im Landkreis Konstanz lehnen den im Entwurf vorliegenden Staatsvertrag für die An- und Abflüge zum Flughafen Zürich ab.

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister des Landkreises Konstanz fordern die politischen Vertreter aller Ebenen auf, schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass

- die betroffene Bevölkerung umfassend und vollständig über den Inhalt des Staatsvertrages und der Denkschrift informiert wird.
- Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer und/oder Fachleute aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in einer öffentlichen Veranstaltung vor Ort im Landkreis Konstanz allen Interessierten Rede und Antwort stehen.
- die Ratifizierung des Vertrages unverzüglich gestoppt und alle weiteren Verfahren zum Staatsvertrag eingestellt werden.
- vom Bundestag und vom Bundesrat die zahlreich vorgetragenen Argumente der betroffenen Bevölkerung eingehend beraten werden und das vorliegende Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag abgelehnt wird
- die in der Stuttgarter Erklärung zum Flugverkehr festgelegten Eckpunkte berücksichtigt werden.
- der besonderen Schutzwürdigkeit unserer Heimat und international bedeutsamen Tourismusregion Rechnung getragen wird.

Wir lehnen es ab und protestieren dagegen, wenn wie durch den Staatsvertrag vorgegeben:

- keinerlei zahlenmäßige Beschränkungen der An- und Abflüge über deutsches Gebiet verbindlich geregelt ist,
- die Flughöhe für Anflüge auf den Flughafen Zürich von derzeit 3600 m (Flugfläche 120) auf ab sofort 3000 m (Flugfläche 100) und ab 2020 auf 2400 m (Flugfläche 80) abgesenkt wird, denn dies bedeutet eine Vervielfachung des wahrnehmbaren Fluglärms,
- die Flughöhe für Abflüge vom Flughafen Zürich von derzeit 4500 m (Flugfläche 150) ab sofort auf 3600 m (Flugfläche 120) abgesenkt wird, weil dadurch ebenso die Fluglärmbelastung in unserer Region steigt,
- die sogenannten Schutzzeiten für Anflüge zwar leicht verändert werden, diese aber nur für die Pisten 14 und 16 gelten. Für alle anderen Flugpisten, auch künftig neue, sollen keine Schutzzeiten geregelt werden,
- keinerlei Schutz gegen Planungen und Umorientierung am Flughafen Zürich eingeräumt wird, insbesondere eine Verlängerung der Piste 14

nach Norden oder den Bau neuer nach Norden gerichteter Pisten von der Schweiz ohne deutsche Zustimmung realisiert werden können.

Um was geht es?

Das Abkommen wird den Gemeinden und Städten im Landkreis Konstanz in der Zukunft nicht zuletzt durch den vom Schweizer Stimmbürger beschlossenen weiteren massiven Ausbau des Airports in Zürich einen weit höheren Anteil der Lasten der Flugbewegungen als bisher aufbürden. Nach wie vor will der Flughafen Zürich den Zürcher Süden schonen.

Dies bedeutet langfristig eine steigende Zahl von Flügen über deutschem Gebiet durch mehr Anflüge aus dem Osten, den gekröpften Nordanflug im Westen, die Absenkung der Flughöhen, künftige Abflüge nach Norden über deutschem Gebiet, künftige Anflüge sowie alle Abflüge rund um die Uhr. Der Beginn der Nachtruhe um 20 Uhr statt wie bisher um 21 Uhr, der ohnehin nur für Anflüge auf die Pisten 14 und 16 gelten soll, wäre teuer erkauft.

Die Schweiz könnte somit künftig rund um die Uhr und ohne zahlenmäßige Limitierung Anflüge auf die Pisten 14 und 16 entlang der deutschen Grenze einführen. Tausende Menschen protestieren gegen solche Belastungen lautstark und medienwirksam in Frankfurt oder Berlin.

Die bisher in mühevollen Abstimmungen ausgehandelten Eckpunkte in der sogenannten "Stuttgarter Erklärung" dürfen nicht in einem befremdenden Maße missachtet werden. Dagegen richten sich unser Unmut und der der betroffenen Bevölkerung. Dies gilt insbesondere über die Art der Verhandlungen. Wir und unsere Bürger fühlen uns durch unnötige Eile, Geheimhaltung, vorzeitige Fixierung des paraphierten Vertragstextes und fehlende Diskussionsmöglichkeiten überrumpelt.

Noch ist Zeit zum Handeln.

Wir fordern von den verantwortlichen politischen Vertretern in Bund und Land, dass Sie wegen der schwerwiegenden Nachteile für die Bodenseeregion, die hier lebenden Menschen und die zahlreichen Feriengäste den vorgesehenen Staatsvertrag mit der Schweiz über den Flughafen Zürich ablehnen.

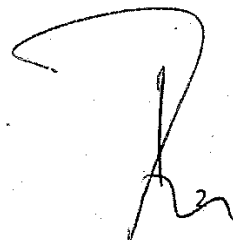
Wir tun dies nicht zuletzt deswegen, damit später nicht gesagt werden kann, wie etwa bei Stuttgart 21, wo ward Ihr damals? Wo blieb Eure Stimme, als alles verhandelt wurde?

Erheben wir unsere Stimme rechtzeitig und nutzen sie nicht nur am Wahltag!

08.10.2012

Rückfragen an:

Gemeindetag Baden-Württemberg
Kreisverband Konstanz
Kreisvorsitzender Artur Ostermaier
Schulstraße 19
78256 Steißlingen
Tel. 07738/9293-51
Fax. 07738/9293-59
aostermaier@steisslingen.de



Trojanisches Pferd

(Kommentar)

Es ist kaum zu glauben, wie der Staatsvertrag vom 4.Sept. 2012 zwischen Deutschland und der Schweiz „en passant“ in Berlin, Stuttgart, in Politik und Wirtschaft durch gewunken werden sollte. Offenbar haben die zuständigen Gremien den Text des Vertrages gar nicht genau gelesen. Den Bürgerinitiativen und den Kommunalpolitikern der Hochrheinregion haben wir es zu verdanken, dass die offizielle Politik über die Presse recht verspätet die Thematik Fluglärmbelastung durch An- und Abflug des Flughafens Zürich-Kloten in Südbaden kritisch unter die Lupe genommen hat. Unsere grün-rote Landesregierung hat sich dabei wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert.

Jetzt hoffen wir, dass Bundestag und Bundesrat den Staatsvertrag nicht ratifiziert: Art. 38 GG schließt den Fraktionszwang zwar aus, aber.....- hoffen wir mal!

Von Vorteil bei der Causa Staatsvertrag ist sicherlich auch, dass die CDU in Baden-Württemberg zurzeit in der Opposition sitzt und jetzt die Bürgerinitiativen vehement unterstützt.

Der Widerstand gegen die Lärmbelastung durch den Staatsvertrag gestaltet sich in der Region und in Baden-Württemberg im Oktober 2012 in Politik und Bürgerschaft parteiübergreifend, geschlossen und heftig. Der CDU-Landrat Hämmerle und der Konstanzer Gemeinderat mit dem neuen OB Burchardt haben ein überzeugendes politisches Signal Richtung Berlin und Stuttgart gegeben.

Peter Müller-Neff

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

An
alle Mitglieder der FGL

Untere Laube 24
78462 Konstanz

Tel. 07531/900790
Fax 07531/900794
Mail:
gruene-liste@
stadt.konstanz.de

**Einladung
zur
Mitgliederversammlung
am 14.11.2012
im Treffpunkt Petershausen um 20.00 Uhr**

25.10.2012

Liebe Mitglieder, FreundInnen und InteressentInnen,

wir laden herzlich zu unserer Versammlung mit nachstehender Tages-
ordnung ein:

1. Begrüßung und Infos, Bestimmung der Protokollantin
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Tätigkeitsbericht des Vorstandes
4. Bericht des Kassierers
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Kassierers und des Vorstandes
7. Bericht der Fraktion
8. Verschiedenes
9. Rückschau OB Wahl

Wir freuen uns über Euer Kommen.

Mit herzlichen Grüßen

Der Vorstand

v. A. Dagmar Krug
Dagmar Krug, Fraktionsassistentin

Büro :
Untere Laube 24
78462 Konstanz

Bürozeiten:
Mo. ab 17:00 Uhr
(auch öffentliche Frak-
tions-sitzung)
Di. u. Do. 9 – 11 Uhr

Bankverbindung :
Konto 75598
BLZ 69050001
Sparkasse Bodensee

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794

e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de

<http://www.fgl-konstanz.de>

Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598

V.i.S.d.P.: Manfred Heier